Stadt Haan

Niederschrift über die

1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan

am Mittwoch, dem 13.01.2021 um 17:00 Uhr im Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn: Ende: 17:00 19:48

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

Stv. Tobias Kaimer

SPD-Fraktion

Stv. Jörg Dürr

WLH-Fraktion

AM Sascha Bornträger ab TOP 1 Stv. Meike Lukat bis TOP 1

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

FDP-Fraktion

AM Angela Brüntrup bis einschließlich TOP 3.2 und ab 3.7 Stv. Dirk Raabe Vertretung für AM Angela Brüntrup (ab

TOP 3.3-3.6)

Schriftführung

TA Michael Kutscha

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

 Beigeordneter Engin Alparslan Frau Anja Klöckener
 Guido Mering
 StVR Torsten Rekindt <u>Hinweis:</u> Aufgrund der anhaltenden COVID-19-Beschränkungen können im Zuhörerbereich des Plenums nur eine beschränkte Anzahl von Zuhörern teilnehmen. Pro Fraktion ist nur ein Vertreter*in zugelassen, die/der das Stimmrecht für alle Ausschussmitglieder ihrer/seiner Fraktion wahrnimmt.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** eröffnet um 17:00 Uhr die 1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Sitzung wird vom **Vorsitzenden Stv. Endereß** auf 2,5 Stunden begrenzt. Der Tagesordnungspunkt 24 der Fridays For Future Ortsgruppe Haan wird auf die nächste Sitzung verschoben. Um die Anliegen der Fridays For Future Ortsgruppe Haan (FFF Haan) entsprechend würdigen zu können.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Stv. Lukat gibt zu Protokoll, dass Sie kein Sitzungsgeld verlangt. Ferner wird von **Stv. Lukat** beanstandet, dass die CDU mit zwei Sitzungsmitgliedern Herrn Kaimer als Vertreter für die CDU und Herrn Endereß als Ausschussvorsitzender an der Ausschusssitzung teilnimmt. In der weiteren Ausführung beantragt Stv. Lukat die als erstmalige Einbringung aufgeführten TOP der WLH, also die TOP 3.1., 3.2, 3.4, 3.6, 3.7 und 3.8 als eigenständige Tagesordnungspunkte im Ausschuss zu behandeln. Begründet wird dies mit dem Hinweis, dass das Wort Einbringung keine rechtliche Bindung umfasst.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** attestiert, dass die Tagesordnungspunkte formell richtig aufgenommen worden sind. Die Geschäftsordnung wurde gewahrt.

Stv. Rehm beantragt die Absetzung des TOP 3.5, da ein Antrag einer Firma nicht Gegenstand des Fachausschusses sein kann. Vielmehr ist der "Bürgerantrag" an den HFA zu richten.

Der Vorsitzende Stv. Endereß lässt über die Absetzung des TOP 3.5 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen Ja 10 / Nein 7 /Enthaltung 0

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 3.5 wird von der Tagesordnung des UMA vom 13.01.2021 genommen.

Stv. Kaimer fragt, ob zumindest Teile des nicht-öffentlich TOP 27 im öffentlichen Teil der Sitzung beraten werden können. Wenn ja, fragt er, welche Aspekte beraten werden können.

1. Beigeordneter Alparslan erwidert, dass der Vorhabenträger um Diskretion der Pläne bittet. Die Pläne sollen nicht veröffentlicht werden.

Stv. Kaimer schlägt vor, die Beratung auf den künftigen Umgang mit der Bahnhofsunterführung zu beschränken.

1. Beigeordneter Alparslan äußert keine Bedenken, wenn lediglich über den Umgang mit der Bahnhofsunterführung debattiert werden soll.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass Diskussionen über Bestandteile der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil nicht der Geschäftsordnung entsprechen.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** schlägt folgenden Beschluss vor: Ohne Bezug auf die Vorlage zum TOP 27 wird TOP 4.1 mit dem Titel "Die Wichtigkeit und Bedeutung der Unterführung am Bahnhof Gruiten" eingefügt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen Ja 14 / Nein 0 / Enthaltung 3

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 4.1 "Die Wichtigkeit und Bedeutung der Unterführung am Bahnhof Gruiten" wird auf die Tagesordnung des UMA vom 13.01.2021 genommen.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass über den Antrag der WLH noch nicht abgestimmt worden ist.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** lässt über folgenden Antrag der WLH abstimmen: "Die Anträge der WLH unter TOP 3 (TOP 3.1., 3.2, 3.4, 3.6, 3.7 und 3.8) sollen als eigene TOP ohne den Zusatz "erstmalige Beratung/Einbringung" in die Tagesordnung aufgenommen werden."

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt bei Stimmengleichheit Ja 6 / Nein 6 / Enthaltung 5

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion WLH die TOP 3.1, 3.2, 3.4, 3.6, 3.7 und 3.8 als eigene TOP ohne den Zusatz "erstmalige Beratung/Einbringung" in die Tagesordnung aufzunehmen wird abgelehnt.

Stv. Lukat verlässt um 17:20 Uhr die Ausschusssitzung. **AM Bornträger** vertritt die Fraktion WLH Fraktion ab 17:20 Uhr im UMA.

Öffentliche Sitzung

1./ Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder Vorlage: III/003/2020

Protokoll:

AM Bornträger bestätigt auf Nachfrage des **Vorsitzenden Stv. Endereß**, dass er bereits verpflichtet worden ist.

Der Vorsitzende Stv. Endereß verpflichtet das AM Angela Brüntrup.

2./ Bestellung eines Schriftführers für den Ausschuss Umwelt und Mobilität (UMA)

Vorlage: III/004/2020

Beschluss:

Als Schriftführer für die künftigen Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Mobilität wird Herr M. Sc. Michael Kutscha (Technischer Angestellter) bestellt. Für Vertretungsfälle wird Herr Dipl.-Ing. Jens Gabe (Technischer Angestellter) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

3./ Anträge gemäß Geschäftsordnung hier: erstmalige Beratung über die Erteilung eines Prüfauftrages an die Verwaltung

3.1. Kostenfreie Grünabfallsammlung

hier: Antrag der Fraktion WLH vom 18.11.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

Stv. Kaimer verweist auf die Gefahr einer Umlage der Abfallgebühren auf Mieter. Insbesondere große Grundstücke verursachen viel Grünschnitt. **Stv. Tobias Kaimer** schlägt vor, die Braune Tonne einmal zusätzlich im Februar leeren zu lassen. Indes sollen Anlieger großer Grundstücke entsprechende Flächen zur eigenen Kompostierung nutzen.

Stv. Rehm schließt sich dem Ansatz von Herrn Kaimer an und führt weiter aus, dass der Effekt der Grünflächenerweiterung durch den Beschlussvorschlag nicht eintreten wird. Vielmehr handelt es sich um eine Entscheidung aus persönlicher Überzeugung und Information. Indes betont **Stv. Rehm** die ungerechte Kostenverteilung, die aus dem Beschlussvorschlag hervorgeht.

Stv. Dürr weist darauf hin, dass die Gebühren der Allgemeinheit zur Abfallentsorgung mit dem Beschluss auf die Einkommensschwachen umgelegt werden.

Der Vorsitzende Stv. Endereß lässt sodann über den Beschlussvorschlag von Stv. Kaimer abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

merhheitlich angenommen Ja 14 / Nein 0 /Enthaltung 3

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, eine zusätzliche braune Tonne Ende Februar abfahren zu lassen."

Sodann lässt der **Vorsitzende Stv. Endereß** über den Beschlussvorschlag gemäß Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zur Haushaltsplanberatung 2021 Realisierungsmöglichkeiten vorzulegen, damit zukünftig Grünabfälle kostenfrei entsorgt werden können.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt Ja 3 / Nein 14 /Enthaltung 0

3.2. Dreckweg-Woche 2021

hier: Antrag der Fraktion WLH vom 18.11.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

Stv. Dürr beantragt die Dreckwegwoche zusätzlich in einer Kooperationsgemeinschaft mit den Partnerstädten umzusetzen.

StVR Rekindt betont, dass die Verwaltung in der Vergangenheit bereits verschiedene Aktionen zum Thema "Dreck weg" durchgeführt hat. Aus den Erfahrungen hält **StVR Rekindt** einen einzelnen Dreck-Weg-Tag für nicht zielführend, um den Inhalt und die Bedeutung zu transportieren. Eine Dreck-Weg-Woche mache viel mehr Sinn, da hierdurch mehr Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Stv. Rehm fügt hinzu, dass die Stadt Haan bei der Fair-Trade-Woche partizipiert. Eine ähnliche Vorgehensweise im Zusammenhang mit einer Abfallwoche ist daher wünschenswert. **Stv. Rehm** plädiert für die Anpassung des Antrages, dass der Begriff "Dreck-Weg-Tag" gestrichen werden soll.

AM Bornträger gibt für den Antrag der GAL, aufgrund des Mehrwerts einer Dreckwegwoche, sein Einverständnis.

Nach kurzer Diskussion wird folgender Beschlussvorschlag formuliert, über den der **Vorsitzende Stv. Endereß** abstimmen lässt.

Beschluss:

Die Dreckweg-Woche findet im Rahmen der Europäischen Woche der Abfallvermeidung (EWAV; 20. - 28. November 2021) statt, an der sich die Stadt Haan beteiligt. Es sollte zudem geprüft werden, ob eine gemeinsame Beteiligung an der EWAV mit den Partnerstädten möglich ist."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

AM Brüntrup verlässt die Sitzung. Für AM Brüntrup wird die FDP-Fraktion von **Stv. Raabe** vertreten.

3.3. Errichtung von E-Ladestationen auf den Parkplätzen der Schulen und Kindergärten

hier: Antrag der CDU Ratsfraktion vom 04.12.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

Stv. Kaimer beantragt die Erweiterung des Beschlussvorschlages: Es sollen nicht nur vor den Schulen, sondern auch allgemein, alle Parkplätze im öffentlichen Raum in Betracht gezogen werden.

Stv. Rehm weist darauf hin, dass die Schaffung von E-Ladestationen im öffentlichen Raum zu Nachbarschaftskonflikten führen könne, die vermieden werden sollten.

Stv. Dürr teilt die Bedenken, dass E-Fahrzeuge privilegiert werden und einen Nachbarschaftskonflikt provozieren könnten.

Stv. Rehm weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag nicht auf Umsetzbarkeit geprüft worden ist. Notwendig sind Rücksprachen mit den Schulen. Die Verwaltung sollte dahingehend mit den Schulen in den Kontakt treten.

Der **1. Beigeordnete Alparslan** betont, dass die Verwaltung gegenüber der E-Mobilität positiv gestimmt ist. Jedoch wird auf die Stadtwerke verwiesen, deren originäre Aufgabe es ist, Strom zu verkaufen.

Stv. Kaimer legt dar, dass es im Kern keine Rolle spielt, ob die Stadtverwaltung oder die Stadtwerke die Planung und den Betrieb übernehmen. Die Stadtverwaltung solle jedoch proaktiv auf die Stadtwerke mit dem Wunsch auf mehr Elektromobilität zugehen, da das Interesse für mehr E-Mobilität auf städtischem Grund auch bei der Stadt liegt.

Stv. Rehm betont, dass Nachtladeplätze im dicht besiedelten Raum wichtig sind.

AM Bornträger regt an, eine Lademöglichkeit mit Photovoltaik zu prüfen.

Der Vorsitzende Stv. Endereß lässt über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt geeignete Standorte für die Errichtung von E-Ladestationen auf Parkplätzen, von Schulen und städtischen Kindertagesstätten oder in deren Nähe unter Einbeziehung der Stadtwerke Haan zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

3.4. B-Plan Festsetzung "Parkanlage" in Nr. 40b - Kompensationsmöglichkei/ ten

hier: Antrag der Fraktion WLH vom 06.12.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

AM Bornträger erläutert den Antrag und weist darüber hinaus darauf hin, dass sich das betrachtete Grundstück unter einer Trasse der Hochspannungsleitung befindet. Aus Sicht der Fraktion WLH handelt es sich aktuell um eine Industriebrache und keinen Parkplatz.

Aus Sicht des **1. Beigeordneten Alparslan** handelt es sich nicht um eine Industriebrache, sondern um ein pessimal genutztes Grundstück. Die Festsetzungen des B-Plans wurden bislang einfach nicht umgesetzt. Für eine Veränderung an der Nutzung ist eine Änderung des B-Plans notwendig. Der SPUBA ist der richtige Adressat für dieses Anliegen.

Stv. Kaimer verweist darauf, dass ein ähnlicher Antrag bereits im SPUBA abgelehnt worden ist. Daher sieht **Stv. Kaimer** keine Möglichkeit der Diskussion im heutigen Ausschuss über nicht beschlossene Änderungen im B-Plan. Der Rat sollte dies entsprechend beschließen. **Stv. Kaimer** beantragt, die Verschiebung des TOP in den Rat, um erneut über den Beschluss des SPUBA zu beraten.

Stv. Dürr bestätigt, dass der vorliegende Antrag nicht Gegenstand des UMA werden soll. Dies entspricht nicht dem geordneten Verfahren. Grundsätzlich ist die SPD Ratsfraktion aber zum Thema gesprächsbereit. Besonders Umweltfaktoren sind zu prüfen.

Stv. Rehm fragt, wieso die Fraktion WLH einen Antrag stellt, der offensichtlich nicht in diesen Fachausschuss gehört.

Der Vorsitzende Stv. Endereß fragt AM Bornträger, ob der Antrag zurückgenommen werden soll.

AM Bornträger zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Kein Beschluss, da der Antrag zurückgenommen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung, da der Antrag zurückgenommen wurde.

3.5. Antrag zur Bebauungsplanänderung Nr. 40 b - Parkplatzerweiterung Rheinische Straße 17 in Haan hier: Antrag der JB CarConcept GmbH vom 18.12.2020

Protokoll:

Der Antrag wurde im Rahmen der Abstimmung über die Tagesordnung von der Tagesordnungsliste gestrichen.

3.6. 10-Punkte-Klimaschutzprogramm - Ergänzung/ hier: Antrag der Fraktion WLH vom 23.11.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

Stv. Kaimer führt aus, dass der Antrag ungenau gestellt worden ist und eher am Runden Tisch Klimaschutz platziert werden sollte.

Stv. Rehm erwidert, dass der grundsätzliche Gedanke unterstützt wird. Jedoch beinhalte das Programm veraltete Punkte und sollte daher nochmal überarbeitet werden. Hierbei sieht **Stv. Rehm** den Runden Tisch Klimaschutz ebenfalls als richtige Stelle zur weiteren Bearbeitung des Programmes.

Stv. Dürr spricht grundsätzliche Zustimmung aus und befürwortet ebenfalls den Runden Tisch Klimaschutz als entsprechenden Adressaten des Antrages.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** fragt nach dem Einverständnis der Fraktion WLH, den Antrag dem Runden Tisch Klimaschutz zur weiteren Behandlung vorzulegen.

AM Bornträger ist einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss verweist den Antrag an den Runden Tisch Klimaschutz zur weiteren Behandlung.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3.7. Bürgeranträge Lärmschutz, Beginn der Umsetzung/ hier: Antrag der Fraktion WLH vom 20.11.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

Der Vorsitzende Stv. Endereß fragt, ob ein Beschlussvorschlag formuliert werden kann.

AM Bornträger antwortet, dass ein Beschlussvorschlag nicht formuliert werden kann, da Unterlagen der Verwaltung nicht vorliegen.

Stv. Rehm weist auf den Lärmaktionsplan und zusätzliche Untersuchungen aufgrund einer Unterschriftenaktion hin und subsummiert, dass Unterlagen da sind. Jedoch fehle eine Übersicht, so dass **Stv. Rehm** beantragt, die Verwaltung für eine der nächsten Sitzungen, frühstens zur übernächsten Sitzung, mit einer Zusammenfassung der Untersuchungen und Erkenntnissen zu beauftragen und diese zu erläutern. Hierbei soll auch geklärt werden, was sich ändern muss, um ein Tempo 30 zu ermöglichen.

Stv. Kaimer bittet um Ergänzung des Beschlussvorschlages der GAL Fraktion um den Aspekt, inwiefern passiver Lärmschutz bereits umgesetzt worden ist.

Beschluss:

Die Verwaltung wird für eine der nächsten Sitzungen, frühstens zur übernächsten Sitzung, mit einer Zusammenfassung der Untersuchungen und Erkenntnissen beauftragt. Die Zusammenfassung der Untersuchungen und Erkenntnisse sind hierbei zu erläutern. Hierbei soll auch geklärt werden, was sich ändern muss, um Tempo 30 zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

3.8. Umsetzung des Radwegekonzepts auf der B228 in Haan
/ hier: Gemeinsamer Antrag SPD - WLH - GAL vom 04.12.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

1. Beigeordneter Alparslan will dem Missverständnis vorbeugen, das sich aus den Ausführungen unter Punkt 2a ergeben könnte:

Im Falle einer Umsetzung Gutachterempfehlung entfiele auf der südlichen Seite das Parken zugunsten des Radfahrstreifens. Das Parken auf der nördlichen Seite bleibt erhalten.

Stv. Rehm erwidert, das Gutachten zeige, dass die Maßnahme einen sehr langen Straßenabschnitt betrifft. Es besteht das Bewusstsein bei den Antragstellern, dass einige Parkplätze durch die beantragten Maßnahmen wegfallen müssen.

Stv. Kaimer skizziert, dass die Anträge 1 und 2 Maßnahmen von der Alleestraße bis zum Kreisverkehr umfassen. **Stv. Kaimer** verweist auf eine Bürgerumfrage, die das Meinungsbild der Anwohner abbilden soll und die CDU initiiert hat. **Stv. Kaimer** wünscht sich in diesem Zusammenhang eine breitere Diskussion. Bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses soll daher kein Beschluss gefasst werden. Außerdem sollte der Antrag auch im Wirtschafts- und Kulturausschuss beraten werden.

Herr Sattler weist darauf hin, dass durch die Maßnahme im weiteren Verlauf der Bundesstraße an der Alleestraße Stellflächen am Friedhof entfallen und hierfür unbedingt Ersatz geschaffen werden sollte.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** weist darauf hin, im Beschlussantrag stehe, dass beidseitig markiert werden soll.

TA Mering erläutert, dass bereits bei der erstellung des Radverkehrskonzepts ein Radschutzstreifen beidseitig auf der Alleestraße markiert werden sollte. Jedoch ist die Fahrbahn laut Landesbetrieb Straßen.NRW zu schmal. Eine Zustimmung des Baulastträgers würde erst dann erfolgen, wenn die Restfahrbahnbreite mindestens 6,5 m betragen würde. Der Gutachter hat diesen Umstand bei der Maßnahmenkonzeption berücksichtigt. In Konklusion erfolgt eine beidseitige Markierung des Radschutzstreifens an den Stellen, wo es möglich ist. Ansonsten erfolgt die Markierung des Radschutzstreifens einseitig.

Stv. Rehm fasst zusammen, dass die Maßnahme den Radverkehr stärken wird. Der UMA sollte eine Empfehlung hierzu heute abgeben. Der Rat wird einen Beschluss fassen.

Stv. Dürr sieht ein Gefahrenpotential auf der Bahnhofstraße wegen des Last- und Busverkehres. Schließlich ist beim Überholen des Radverkehrs der Abstand von 1,5 m zu wahren. **Stv. Dürr** schlägt vor, die Kölner Straße oder Talstraße als Radwegeverbindung zu priorisieren. **Stv. Dürr** schließt weitere Konzeptionen nicht aus

Beschluss:

- 1. Der Fachausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, den mehrheitlich beschlossenen Änderungsbeschluss des Rates der Stadt Haan vom 04.07.2018 zum Handlungskonzept Radverkehr- und Fußgängerverkehr auf S.78 des Handlungskonzepts unter "Maßnahmen B228" bei Punkt "Bahnhofstraße" aufzuheben. Damit werden die vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen "Markierung eines Schutzstreifens bergauf" und "Alternativ Ausweisung Höchstgeschwindigkeit 30 km/h" ins Handlungskonzept wieder aufgenommen.
- 2. Die im Handlungskonzept Radverkehr- und Fußgängerverkehr mit Stand vom Mai 2018 angeführten Maßnahmen und Radverkehrsanlagen auf der B228 sind mindestens umzusetzen. Insbesondere sind folgende Maßnahmen zu ergänzen:
- a. Die Maßnahmen zur Bahnhofstraße werden mit der Priorität 1 versehen, wie vom Gutachter vorgeschlagen.
- b. Die Stadtverwaltung prüft die Umsetzungen der Empfehlungen der Unfallforschung der Versicherer hinsichtlich einer größeren Breite von Fahrradschutzstreifen
- c. Mit der zuständigen Behörde bei Straßen NRW ist die Umsetzung von erweiterten Radaufstellstreifen an Knotenpunkten erneut zu besprechen.
- d. Es werden beidseitig Fahrradschutzstreifen auf der B228 zwischen Martin-Luther-Straße und Kreisverkehr Nordstraße markiert und/oder eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h festgesetzt.
- e. Es ist zu prüfen wie zwischen dem Knotenpunkt Landstraße und der Einmündung zum Panoramaradweg beidseitig ein Radfahrstreifen, mindestens jedoch ein Fahrradschutzstreifen markiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

merhheitlich angenommen Ja 10/ Nein 6 / Enthaltung 1

3.9. LED Straßenbeleuchtung

hier: Antrag der SPD Ratsfraktion vom 14.12.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

Stv. Dürr unterstreicht, dass die Umstellung auf die neue LED-Technik im Stadtgebiet ungleich vorangeschritten ist. Ferner ist im Stadtbild kein klares Erneuerungskonzept zu erkennen. **Stv. Dürr** bittet um einen Überblick, auf dessen Basis weitere Analysen erfolgen können.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in der geplanten UMA-Sitzung am 02. März 2021 eine Übersicht vorzulegen aus der hervorgeht, in welchen Bereichen der Stadt die Straßenbeleuchtung bereits auf LED umgerüstet wurde und welche Bereiche in welchem Zeitraum umgerüstet werden. Die Übersicht soll weiterhin Auskunft darüber geben, in welchen Bereichen Straßenlaternen mit Stromanschlüssen für Autos vorgesehen sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

- 3.1 Herrichtung des Verbindungswegs Hermann-Löns-Weg / Erikaweg
- 0./ hier: Antrag der CDU Ratsfraktion vom 15.12.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)

Protokoll:

Stv. Kaimer betont, durch die beantragte Maßnahme sollen nicht nur Angsträume beseitigt, sondern auch die Verkehrssicherheit des Gehweges verbessert werden.

Stv. Rehm betont, dass zunächst eine Kostenschätzung für die Beurteilung der Maßnahme zugrunde gelegt werden sollte.

AM Bornträger fasst zusammen, dass auch die Fraktion WLH über die heutige Frequentierung des Weges unsicher ist. Grundsätzlich ist das Vorhaben als sinnvoll bewertet worden.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** ergänzt, dass die Verwaltung eine Vorlage erarbeiten soll, in der eine Skizze des Vorhabens zur besseren Veranschaulichung der beantragten Punkte 1 und 2 vorgelegt wird.

Beschluss:

- Der Verbindungsweg zwischen Hermann-Löns-Weg und Erikaweg wird als fußläufige Verbindung baulich ertüchtigt und die vorhandene Beleuchtung durchgehend ergänzt.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten zu ermitteln und im Haushalt 2021 einzuplanen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

einstimmig beschlossen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

4./ Einbau eines Berliner Kissens und Aufstellung eines ortsfesten Geschwindigkeitsmessgerätes mit optischer Geschwindigkeitsanzeige und "Smiley" sowie Herstellung eines barrierearmen Wegebelags im Rahmen der Sanierung eines Teilabschnittes des Heinhauser Weges

hier: Bürgerantrag des "Runder Tisch Gruiten" vom 07.10.2020

Bürgerantrag eines Anwohners vom 11.11.2020

Vorlage: 70/004/2020

Protokoll:

Herr Sattler, der Vertreter des Seniorenbeirates, übernimmt eine Präsentation, bei der auf die Unverträglichkeit zwischen mobilitätseingeschränkten Personengruppen und der eingeschränkten Barrierefreiheit eines mit Natursteinpflaster ausgestatteten Weges hingewiesen wird. Herr Sattler verweist auf den weiteren Verlauf des Heinhauser Wegs, der mit Betonsteinpflaster ausgestattet ist. Die Nutzbarkeit des Weges wird dort positiv aufgenommen. Der Runde Tisch Gruiten kommt zum einstimmigen Ergebnis, dass das nicht denkmalgeschützte Natursteinpflaster gegen ein barrierefreies Betonsteinpflaster ausgetauscht werden sollte. Die Stellungnahme der Verwaltung sei aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar, da das Natursteinpflaster keinem historischen Bild entsprechen würde. Schließlich wurde die Pastor-Vömel-Straße in den 1990ern noch asphaltiert.

Stv. Rehm stellt den Beschlussvorschlag der GAL Fraktion vor:

Das Betonsteinpflaster soll auf einer Länge von 35 m fortgesetzt werden. Berliner Kissen mit seitlichem Abstand sollen hergerichtet werden. Eine mobile Geschwindigkeitsanlage wird einer stationären Anlage vorgezogen.

Stv. Kaimer stellt den Beschlussvorschlag der CDU vor:

Das Betonsteinpflaster soll auf einer Länge von 35 m seitlich fortgesetzt werden. Das Natursteinpflaster soll jedoch bestehen bleiben. Berliner Kissen sollen nicht errichtet werden, da es Bedenken gibt, ob hierdurch die Geschwindigkeit reduziert werden kann.

Stv. Dürr stellt den Beschlussvorschlag der SPD vor,

der dem Antrag des Seniorenbeirates entspricht mit der Ausnahme, dass die gesägten Natursteine eingesetzt werden.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** unterstreicht, dass jede Partei einen breiteren Streifen aus Betonpflastersteinen befürwortet.

Stv. Dürr bestätigt dies.

AM Bornträger stimmt zu und ergänzt, dass der Basaltstein regional nicht in den Straßenraum passt.

TA Mering weist darauf hin, dass der betrachtete Straßenabschnitt verkehrsrechtlich dem verkehrsberuhigten Bereich gewidmet ist. Berliner Kissen wiederrum erfüllen den Zweck, den Verkehrsteilnehmer auf maximal 30 km/h zu verzögern. Berliner Kissen sind als geschwindigkeitsdämpfendes Element nicht geeignet den Fahrzeugführer auf Schrittgeschwindigkeit einzubremsen.

Nach Beratung und Austausch der Argumente wird über den Beschlussvorschlag des "Runder Tisch Gruiten", Quartiersentwicklung für Menschen 55+ abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt über die einzelnen Punkte:

Beschluss:

Beschlussvorschlag 1:

Das marode, verschlissene und damit unfallträchtige Kopfsteinpflaster ist ab der Einmündung von der Pastor-Vömel-Straße in den Heinhauser Weg bis Höhe Dorfspielplatz zu erneuern und gegen Betonpflastersteine auf voller Breite zu ersetzen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Heinhauser Weg in Höhe der Einmündung zur Pastor-Vömel-Straße ein Berliner Kissen einzurichten.

Beschlussvorschlag 3:

Die Verwaltung wird beauftragt, Geschwindigkeitsmessungen mit dem stadteigenen Gerät temporär auf dem Straßenabschnitt ab der Einmündung von der Pastor-Vömel-Straße in den Heinhauser Weg bis Höhe Dorfspielplatz durchzuführen.

Abstimmungsergebnis zu 1:

mehrheitlich angenommen
Ja 13 / Nein 4 / Enthaltungen 0

<u>Abstimmungsergebnis zu 2:</u>

mehrheitlich angenommen Ja 11 / Nein 0 / Enthaltung 6

Abstimmungsergebnis zu 3:

einstimmig angenommen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

4.1. Die Wichtigkeit und Bedetutung der Unterführung am Bahnhof Gruiten

Protokoll:

Nach Beratung des nicht-öffentlichen Tagesordnungspunktes Nr. 27 besteht Einvernehmen bei den Vertretern aller Fraktionen im Ausschuss, dass eine öffentliche Beratung ohne weiterführende Informationen in der Anschlusssitzung nicht sinnvoll ist.

Daher wird einvernehmlich der TOP 4.1 von der Tagesordnung gestrichen.

5./ Ausschreibung der Grünflächenpflege für das Jahr 2021 Vorlage: 70/003/2020

Beschluss:

- 1. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
- Die Verwaltung wird mit der Ausschreibung der Grünflächenpflege für das Jahr 2021 mit der Option einer dreimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

6./ Einführung einer Verpackungssteuer Vorlage: 20/140/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Umstellung der Fußgängerbedarfs-Ampelanlage Hochdahler Str. / Bachstr. auf regulären Ampelbetrieb

hier: Überlegungen der Verwaltung sowie Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 16.11.2020 und Antrag der SPD Ratsfraktion vom 14.12.2020

Vorlage: 66/011/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Errichtung eines Kreisverkehrs Ittertalstraße / Königgrätzer Straße hier: Antrag der FDP Ratsfraktion vom 16.09.2020 Vorlage: 66/003/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Frühzeitige Öffnung der Niederbergischen Allee hier: Antrag der Fraktion WLH vom 05.09.2020 Vorlage: 66/004/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10./ Straßen mit Sicherheitsmangel anpacken

hier: Antrag der Fraktion WLH vom 15.07.2020

Vorlage: 66/008/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Kritische Verkehrssituation Straße Buschhöfen Unterhaan hier: Dialogwunsch der Anwohner vom 11.09.2020 über die Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung z. B. durch Einrichtung eines Verkehrsberuhigten Bereiches

Vorlage: 66/013/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Wirksame Maßnahmen zur Lärmreduzierung, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Fahrradinfrastruktur und zum Klimaschutz im Zuge des Innenstadtkonzeptes

hier: Antrag des ehemaligen Stv. Peter Schniewind vom 24.08.2020

Vorlage: 66/012/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

13./ Prüfung der Möglichkeiten zur Einrichtung von Fahrradstraßen im Stadtgebiet unter besonderer Berücksichtigung der vorgeschlagenen Standorte Dieker Straße, Kölner Straße und Diekermühlen Straße

hier: Bericht der Verwaltung

Vorlage: 66/017/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

14./ Nachhaltige Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in Haan: Radfahrstreifen und Fahrradstraßen zur Innenstadt. Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der B 228

hier: Antrag des ehemaligen Stv. Peter Schniewind vom 07.08.2020

Vorlage: 66/016/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15./ Befahren der Fußgängerzone im Innenstadtbereich auch außerhalb der Ladezeiten für Taxen und Mietwagen mit Fahrauftrag, sofern dieser im Bereich der Fußgängerzone beginnt oder endet hier: Antrag der SPD Ratsfraktion vom 31.08.2020

Vorlage: 66/015/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

16./ Minimierung des Befahrens des Fußgängerbereichs des Neuen Markts durch Installation von versenkbaren Pollern hier: Antrag der SPD Ratsfraktion vom 23.09.2020

Vorlage: 66/018/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

einvernehmlich

17./ Auflösung der Umleitung des LKW-Ausweichverkehrs ab 16 to an der unteren Diekerstraße/ Ecke Böttingerstraße durch die Stadt Haan in beiden Richtungen und Einrichtung eines Verbotes für LKW über 3,5 to

hier: Bürgerantrag vom 26.09.2020

Vorlage: 66/019/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

18./ Querungshilfe auf der Ellscheider Straße in Höhe der Einmündungen Brill und Kriekhausen, Reduzierung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit hier: Antrag des ehemaligen Stv. Peter Schniewind vom 07.08.2020 Vorlage: 66/014/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

19./ Temporäre Abschaltung von Lichtsignalanlagen

hier: Beschluss des Arbeitskreises Runder Tisch Klimaschutz vom

18.08.2020

Vorlage: 66/009/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

20./ Einsatz des Geschwindigkeitsmessgerätes

hier: Festlegung der Standorte für das Jahr 2021

Vorlage: 66/010/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

21./ Einrichtung einer Tempo-30-Strecke im Bereich der Büssingstraße zwischen Einmündung Siemensstraße und dem Kreisverkehr (in Fortsetzung der Strecke zwischen Bahndamm und Einmündung Siemensstraße) hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 13.09.2020

Vorlage: 66/005/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

22./ Gestalterische und bauliche Maßnahmen am Hülsberger Busch zur Verringerung des Durchgangsverkehrs und der gefahrenen Geschwindigkeit hier: Antrag SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2020

Vorlage: 66/006/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

Einvernehmlich

23./ Einrichtung von Tempo-30-Strecken vor den Kindergärten Hochdahler Straße und Erikaweg

hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2020

Vorlage: 66/007/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

24./ Bürgerantrag vom 26.05.2020 der Fridays for Future Ortgruppe Haan hier: Zweite FFF-Forderungen - Kommunale Minimalforderungen Vorlage: BM/002/2020

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

25./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der Tagesordnungspunkt "Anfragen" wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.

26./ Mitteilungen

Protokoll:

Der Tagesordnungspunkt "Mitteilungen" wird in der Fortsetzungssitzung des UMA am 02.02.2021 behandelt.